

Irland

Nicholas Rees

Irland, das zwischen Januar und Juni 2004 seine sechste EU-Ratspräsidentschaft innehatte, übernahm von der italienischen Regierung ein volles Arbeitsprogramm und das Steuer in einem historischen Schlüsselmoment für die Union.¹ Es galt die Regierungskonferenz zum Verfassungsvertrag fortzusetzen, die Erweiterung um zehn neue Mitglieder zu vollziehen, die Verhandlungen zur Finanziellen Vorausschau zu führen, den neuen Kommissionspräsidenten zu ernennen und die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 11. bis 13. Juni abzuhalten.² Die irische EU-Präsidentschaft stand unter dem Motto „Europäer arbeiten zusammen“ und konzentrierte sich auf vier grundsätzliche Prioritäten: den Abschluss der Erweiterung; die Lissabon-Strategie; weitere Initiativen im Bereich Inneres und Justiz; sowie globale Aufgaben, unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Regierungskonferenz

Der Europäische Rat vom Dezember 2003, auf dem es der italienischen Ratspräsidentschaft nicht gelang, die Regierungskonferenz abzuschließen, beauftragte die irische Präsidentschaft, die Partner auf dem Europäischen Rat am 25. März 2004 über den Handlungsspielraum und die Bewertung der Situation zu informieren. Die Erwartungen, es würde sich dabei etwas ergeben, waren gering, so dass Stimmen laut wurden, doch gleich alles der niederländischen Präsidentschaft zu überlassen oder gar die Angelegenheit auf einen noch späteren Zeitpunkt zu verschieben. Die irische Präsidentschaft war anfänglich bestrebt, keine Erwartungen zu wecken, doch sie bekundete ihren Willen, in der Sache voranzuschreiten, falls sich der politische Wille dazu ergibt. Die ersten Wochen der Präsidentschaft waren der Schaffung einer positiven Atmosphäre gewidmet: Es wurden bilaterale Treffen mit allen Mitgliedstaaten abgehalten, Themen gewichtet und Vertrauen aufgebaut. Dieser Ansatz wurde von den Mitgliedstaaten begrüßt und es gab Anzeichen, als ob ein Kompromiss möglich werden könnte. Auf dem Europäischen Rat vom 24. bis zum 25. März gab die irische Präsidentschaft zu Protokoll, dass eine Einigung möglich wäre, und empfahl, die Regierungskonferenz wiederaufzunehmen und bis Juni zu einem Abschluss zu bringen.³

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

Der Beitrag basiert auf dem Artikel: „Ireland’s foreign relations in 2004“, *Irish Studies in International Affairs* Volume 15 (2004), Dublin: Royal Irish Academy.

- 1 Für Details der Ratspräsidentschaft vgl. die Homepage der Ratspräsidentschaft, www.eu2004.ie, sowie die des Institute of European Affairs (Dublin), www.iiea.com.
- 2 Irland begann seine Vorbereitungen 2001 mit der Einrichtung einer interministerialen Planungsgruppe zur Logistik der Präsidentschaft, eine zweite Gruppe wurde für die politische Arbeit eingesetzt. Die beiden Gruppen berichteten dem Kabinettsausschuss zu Europaangelegenheiten, dem der Taoiseach Bertie Ahern vorstand. Zusätzlich wurde die Ständige Vertretung Irlands in Brüssel auf 160 Mitarbeiter verdoppelt.
- 3 European Council, ‚Report on the Intergovernmental Conference‘, 25.-26. März 2004 (CIG 70/04) (Brüssel, März 2004).

Auf dem Treffen im März einigten sich die Mitgliedstaaten dementsprechend auf einen Abschluss bis zur Tagung des Europäischen Rats im Juni. Die Strategie der irischen Regierung lief im Anschluss an das Märztreffen darauf hinaus, genügend Treffen abzuhalten, dabei aber die Zahl der Themen gering zu halten und nach und nach auf wenige strittige Punkte zu reduzieren. Diese Arbeit beanspruchte den ganzen April. Im Mai und Anfang Juni besuchte Taoiseach Bertie Ahern alle Hauptstädte der EU zu bilateralen Gesprächen mit seinen europäischen Kollegen. Drei Treffen der Regierungskonferenz wurden auf der Ebene der Außenminister abgehalten (17.-18. Mai, 24. Mai, 14. Juni); ein weiteres offizielles Vorbereitungstreffen fand am 4. Mai in Dublin statt. Diese Treffen lösten nach und nach eine substantielle Zahl der Themen, sowohl technischer wie mehr politischer Natur (einschließlich der Balance zwischen Einstimmigkeit und Qualifizierter Mehrheit oder des Haushaltsverfahrens), und erlaubten die Eingrenzung der Debatte auf wenige offene Frage. Eine Serie von Papieren mit der Auflistung der abgeschlossenen wie offenen Fragen wurde dabei fortlaufend zirkuliert.

Am Abend des 16. Juni ließ die irische Präsidentschaft zwei Dokumente zirkulieren. Das erste, CIG 81/04, enthielt 57 Anhänge mit Vorschlägen zu Themen, die als abgeschlossen galten, während das zweite Dokument, CIG82/04, die drei verbliebenen offenen institutionellen Fragen und sechs nicht-institutionelle Themen enthielt. Die Regierungskonferenz traf sich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am Nachmittag des 17. Juni zu den großen offenen Fragen: der Festlegung der Qualifizierten Mehrheit, das Festzurren der Sitze und der Zusammensetzung der Europäischen Kommission und der Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament. Die Staats- und Regierungschefs diskutierten die Themen drei Stunden und zogen sich dann zur Überarbeitung der Vorschläge über die Nacht zurück. Am 18. Juni wurden die Vorschläge zwei Stunden lang diskutiert; einige Änderungen wurden vorgeschlagen. Die verbleibende Zeit des Tages nach dem gemeinsamen Mittagessen verbrachten Taoiseach Bertie Ahern, Außenminister Brian Cowen und weitere irische Offizielle in Gesprächen mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen, um letzte Änderung des Textes zu verabreden. Die Treffen endeten um 10 Uhr abends. Die schlussendliche Einigung wurde mit einem Vorschlag Polens in letzter Minute und mit einem Kompromiss Bertie Aherns erreicht. Der Taoiseach, der stehenden Applaus von den Mitgliedstaaten erhielt, sprach später auf der Pressekonferenz davon, dass der Verfassungsvertrag ein „großes Ereignis für Europa und alle Europäer“ wäre.⁴

EU – intern

Die Präsidentschaft hegte den Ehrgeiz, Fortschritte in der Lissabon-Agenda zu erzielen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Wettbewerbsfähigkeit, der Beschäftigung und dem sozialen Zusammenhalt. Doch das Frühlingstreffen des Europäischen Rats, das gewöhnlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet ist, wurde von den Bombenanschläge in Madrid und der Regierungskonferenz überschattet. Dennoch wurde u.a. der frühere niederländische Ministerpräsident Wim Kok als Vorsitzender einer hochrangigen Gruppe eingesetzt, die Empfehlungen aussprechen sollte, wie Fortschritte in der Lissabon-Agenda erzielt werden könnten. Neben der Lissabon-Agenda widmete sich die Präsidentschaft der Diskussion über die Planung des Haushalts der Europäischen Union. Nach Ver-

⁴ EU presidency, 'Taoiseach announces EU agreement on a new constitutional treaty for Europe', Pressebulletin vom 18. Juni 2004, auf: http://www.eu2004.ie/templates/news.asp?sNavlocator=66&list_id=862 (21. Juni 2004).

öffentlichung des Papiers der Europäischen Kommission über die Herausforderungen im Finanzzeitraum 2007-2013 vom 10. Februar hielt es die Präsidentschaft für angezeigt, die Mitgliedstaaten darüber zu konsultieren und identifizierte Schlüsselthemen, die zu behandeln wären. Die Ergebnisse wurden dem Europäischen Rat auf der Junisitzung vorgestellt.

Unter der Führung von Minister Michael McDowell gab es auch einen bemerkenswerten Fortschritt im Bereich der Innen- und Justizpolitik. So wurde eine Einigung über eine neue Richtlinie zur Asylberechtigung erzielt und man einigte sich bei der Verfahrensrichtlinie in der Sache, beides Meilensteine einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik. Die meiste Aufmerksamkeit konzentrierte sich vor dem Hintergrund der Bombenanschläge von Madrid am 11. März auf den Terrorismus. Der Europäische Rat nahm eine Erklärung an, die die Solidarität der Mitgliedstaaten im Kampf gegen den Terrorismus bekundete. Der frühere niederländische Minister Gijs de Vries wurde zum Koordinator der EU in der Terrorismusbekämpfung ernannt und die Einheit zur Terrorismusbekämpfung bei Europa wurde reaktiviert.

EU – Außenpolitik

Die irische Präsidentschaft arbeitete eine komplexe internationale Agenda im Lauf des Jahres ab. So war Irland Gastgeber und Vorsitzender einer Reihe großer Gipfel der EU mit Russland, Kanada, der Schweiz, Japan, den lateinamerikanischen und karibischen Staaten und der USA wie auch von fünfzig Treffen wichtiger bilateraler Partner auf ministerieller Ebene. Die EU machte Fortschritte bei zentralen internationalen Themen im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Afrika. Die historische Erweiterung der Union am 1. Mai war ein herausragender Höhepunkt der irischen Präsidentschaft. Die Präsidentschaft schloss alle ausstehenden Beitrittsverhandlungskapitel mit Bulgarien ab und erzielte Fortschritte in der Vorbereitung der Eröffnung der Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Eine besondere Priorität erhielt die Verbesserung und Stärkung der transatlantischen Partnerschaft mit Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Bemühungen mündeten in einem erfolgreichen EU-US-Gipfel im Juni 2004. Dieser Gipfel bot auch die Gelegenheit zum Austausch über den Irak.

Bei den Vereinten Nationen in New York war die irische EU-Präsidentschaft für die Koordinierung der mitgliedstaatlichen Positionen der EU zuständig. So traf Brian Cowen in seiner Eigenschaft als Ratspräsident am 28. Januar mit Generalsekretär Kofi Annan zusammen, um ihn über die irische Prioritätenliste zu informieren, die einen besonderen Wert auf Multilateralismus und die Stärkung der Vereinten Nationen legte. Andere Themen waren Zypern, der Nahe Osten, Irak, Afghanistan sowie der irische Beitrag zur Friedenstruppe in Liberia. Zu den Aktivitäten und Erfolgen der irischen Präsidentschaft gehörte auch der Beitrag der EU zur hochrangigen Gesprächsrunde des UN-Generalsekretärs „Bedrohungen, Herausforderungen, Wandel“.⁵ Das Entwicklungsprogramm der irischen Ratspräsidentschaft konzentrierte sich erstens auf das Ziel der Armutsbekämpfung, zweitens auf die Stärkung des einheitlichen Auftretens der EU in internationalen Organisationen, drittens auf eine Verbesserung der Kohärenz der EU-Politiken gegenüber den Belangen der Entwicklungsländer und viertens auf die Erhöhung der Effektivität der Hilfen. Höchste Priorität genoss dabei die AIDS-Bekämpfung, Afrika und

⁵ Siehe UN, A more secure world: our shared responsibility, unter <http://www.un.org/secureworld/> (23. August 2005).

die Bekämpfung der Armut. Zusammen mit UNAIDS veranstaltete die irische Präsidentschaft vom 23. bis 24. Februar eine Konferenz in Dublin und auf dem EU-US-Gipfel auf Dromoland Castle einigten sich die USA und die EU auf eine Deklaration zum Kampf gegen AIDS, Malaria und TBC.

Im Nahen Osten intensivierte Irland seine Verbindungen zu den Parteien, die in den israelisch-palästinensischen Friedensprozess involviert sind, gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft. Dabei bemühte sich Irland um die Umsetzung der so genannten Roadmap in kleinen, aber konkreten Schritten beider Seiten. Vor dem Hintergrund intensivierter israelisch-palästinensischer Gespräche reiste bereits in einer frühen Phase der irischen Präsidentschaft Brian Cowen nach Israel, um israelische und palästinensische Führer zu treffen und lud im Zeitraum Januar/Februar mehrmals zu Gesprächen nach Dublin ein. Am 16. April nahm der Rat der Außenminister eine Erklärung der Präsidentschaft zur Unterstützung der Roadmap an, die vom Europäischen Rat im Juni bekräftigt wurde.

Die Präsidentschaft setzte die Arbeit am europäischen Ansatz von Konfliktprävention und Krisenmanagement fort, wozu Ende März/Anfang April ein Treffen mit Nicht-Regierungsorganisationen abgehalten wurde. Ebenfalls auf der Agenda standen, für das neutrale Irland heikel, die Europäische Sicherheitsstrategie, das „Battle group“-Konzept und die „Headline Goals 2010“. Irland unterstützte während seiner Präsidentschaft insbesondere die Bereitstellung afrikanischer Fähigkeiten für den Einsatz von Friedensmissionen in Afrika. Zusätzlich wurde eine Einigung über eine ESVP-Mission in Georgien erzielt und die ESVP-Mission in Bosnien-Herzegowina für Dezember 2004 vorbereitet.

Schlussbetrachtung

Das Jahr stand für Irland ganz im Zeichen der Ratspräsidentschaft des ersten Halbjahres. Den krönenden Abschluss fand diese Ratspräsidentschaft in der Einigung auf den Verfassungsvertrag, der Ernennung des neuen Kommissionspräsidenten sowie in der Stärkung der transatlantischen Partnerschaft.⁶ Die Präsidentschaft erreichte vieles von dem, was sie sich vorgenommen hatte, ja mehr als das, bedenkt man den Erfolg der Regierungskonferenz, die Bombenanschläge von Madrid und andere internationale Ereignisse. Taoiseach Bertie Ahern wurde dementsprechend von den anderen Staats- und Regierungschefs gefeiert und wegen seines Verhandlungsgeschicks gelobt. Die EU-Präsidentschaft verhalf Irland zur Gelegenheit, die Effektivität eines kleinen Mitgliedlands beim Abschluss einer Regierungskonferenz unter Beweis zu stellen, womit ein Vorteil des Systems einer rotierenden Präsidentschaft herausgestrichen werden konnte.

Weiterführende Literatur

Frank Barry: Prospects for Ireland in an enlarged EU, in: *The World Economy*, 27 (June 2004) 6, S. 829-852.

Brigid Laffan: Ireland: modernisation via Europeanisation, in: Wessels, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Fifteen into one. The European Union and its member states*, Manchester 2003, S. 248-270.

Dick Roche: La présidence irlandaise de l'Union européenne et la politique de sécurité et de défense, in: *Défense nationale*, 2/2004, S. 5-13.

⁶ Siehe EU presidency „Europeans – working together: report of the Irish presidency of the European Union January – June 2004“ unter <http://www.eu2004.ie> sowie http://www.eu2004.ie/templates/news.asp?sNavlocator=66&list_id=904